

Tag der offenen Tür

INDUSTRIESTRASSE red. Heute findet an der Industriestrasse ein Tag der offenen Tür statt. Von 11 bis 17 Uhr können die Räume wie Ateliers, Gewerberäume und Küchen besich-

HEUTE

tigt werden, teilt die IG Industriestrasse mit. Um 13.30 Uhr findet ein Referat von Urs Vogel zum Thema 2000-Watt-Gesellschaft statt, um 15 Uhr spielt die Band Ophelias Iron West im Garten des Geschäfts Sinnlicht. Infos: www.industriestrasse.ch

NACHRICHTEN

Stefanie Wyss demissioniert

STADTPARLAMENT red. Grossstadträtin **Stefanie Wyss** (Junge Grüne) tritt per Ende September zurück. Dies, weil sich ihre Ausbildungen an der Universität Bern und der Pädagogischen Hochschule Bern nicht mehr mit dem Mandat vereinbaren lassen, teilt Wyss mit. Als Nächste auf der Liste könnten **Eva-Maria Knüsel**, **Laurin Murer** oder **Anette Städler** nachrücken. Gespräche hätten bereits stattgefunden. Zu deren Ausgang wollte sich die 26-Jährige noch nicht äussern.

FCL-Fans wollen Abo boykottieren

FUSSBALL red. Empörung bei den FCL-Fans: Der Fanclub United Supporters Luzern (USL) ruft dazu auf, für nächste Saison keine Saisonkarten zu kaufen. Der Hintergrund: In einem Brief teilte der FCL allen Saisonkarteninhabern mit, die allgemeinen Geschäftsbedingungen könnten während des Jahres angepasst werden. «Mit dieser Formulierung will sich der FCL absichern, um mitten in der Saison ID-Pflicht, Intimkontrolle, Alkohol- und Fahnenverbot einführen zu können», schreibt der Fanclub United Supporters in einer Mitteilung. Man habe beim FCL nachgefragt, ob die Saisonkarten gegen Erstattung des anteilmässigen Kaufpreises zurückgegeben werden könnten, sobald solche Massnahmen eingeführt würden. Der FCL habe dies abschlägig beantwortet.

Beim FCL weist man die Vorwürfe zurück: «Wir werden von den Behörden dazu gezwungen», sagt FCL-Sprecher René Baumann, «das Volk hat an der Urne mit dem Ja zum Konkordat unter anderem verschärfte Massnahmen gutgeheissen.» Würde der FCL diese nicht befolgen, fände kein Match statt. Baumann beschwichtigt aber: «Wir wissen ja nicht genau, welche Massnahmen auf uns zukommen. Die von den Fans genannten sind die strengstmöglichen.»

SVP stellt Fragen zur Einbürgerung

VORSTOSS red. Die SVP der Stadt Luzern will in einer Interpellation vom Stadtrat wissen, wie viele Personen in den letzten fünf Jahren jeweils eingebürgert wurden. Der Hintergrund: Seit zwei Jahren ist die ausserparlamentarische Einbürgerungskommission im Amt und entscheidet abschliessend über Einbürgerungsgesuche. Vorher entschied das Stadtparlament über Einbürgerungen.

Die SVP will weiter wissen, wie viele Gesuche abgelehnt wurden, wie diese Zahlen in anderen Gemeinden aussehen und nach welchen Kriterien die Einbürgerungskommission über Gesuche entscheidet. Zudem soll der Stadtrat unter anderem erklären, wie die Integration geprüft wird, wie mit straffälligen Gesuchstellern umgegangen wird und wie viele Gesuchsteller Sozialhilfe oder IV-Gelder beziehen.

Wird der Jesuitenhof gerettet?



Der Jesuitenhof besteht aus den Häusern Schöneegg (von links), Alpenblick (nur Giebel zu sehen) und Rosenheim (hinter Fahnenmast). Dann folgen das Hauptgebäude und der weisse Hoteltrakt, der durch das Hochhaus ersetzt werden soll.

Bild Luca Wolf

SEEBURG Die Stadt bewilligt ein Hochhaus, dafür verlangt sie die Sanierung des Jesuitenhofs. Dieser umstrittene Deal hat viel mit dem Wert der historischen Anlage zu tun.

LUCA WOLF
luca.wolf@luzernerzeitung.ch

Wenn am 9. Juni über die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) abgestimmt wird, zittert Martin Koller wohl am meisten. Koller ist Verwaltungsrat der Hotel Seeburg AG. Dort ist laut BZO einer von vier Hochhausstandorten vorgesehen. Geplant ist ein maximal 40 Meter hoher Bau mit Luxuswohnungen und Hotelzimmern. «Nur mit dieser Erweiterung kann das Hotel wieder auf Kurs gebracht werden», so Koller. Als Gegenleistung aber muss der Seeburg-Besitzer den historisch wertvollen, aber halb verlotterten Jesuitenhof sanieren. Die dafür nötigen 10 Millionen Franken würden die Besitzer mit dem Verkauf der Wohnungen querfinanzieren. «Die Besitzerfamilie Schärer hat bislang über 20 Millionen Franken in die ganze Anlage gesteckt. Der Jesuitenhof lässt sich ohne eine solche Quersubventionierung nicht auch noch sanieren und verfällt», so Koller. Auf diesen Deal haben sich die Besitzer, die Stadt und die Denkmalpflege geeinigt. Die Verpflichtung gilt auch für alle Seeburg-Inhaber – die

Schärrers wollen die Anlage verkaufen. Eine «Luzerner Lösung» sei aufgegleist und könne im August präsentiert werden, sagt Seeburg-Medienchef Ronald Joho. Mit dem 30 Millionen Franken teuren Hotelneubau würde etwa 2018 begonnen. Start zur Jesuitenhof-Sanierung wäre 2015.

Kanton befürwortet Hochhaus

Dieser aussergewöhnliche Deal wird von der Stadt, dem Kanton und allen



9. Juni 2013

Abstimmung

Parteien ausser der SP als pragmatische Lösung gelobt, zum Wohle des Tourismus und der historischen Seeburg-Bauten. Die Gegner jedoch toben. Von einem undurchsichtigen Kuhhandel zu Lasten des Landschaftsschutzes ist die Rede. Denn die Seeburg ist im regionalen Hochhauskonzept als Ausschlussgebiet deklariert. Dies aufgrund der

exponierten Lage am See. Die anderen Hochhausstandorte sind Steghof (45 Meter) sowie Pilatus- und Bundesplatz (je 35 Meter).

Wegen der heiklen Lage hat der Kanton ein Gutachten zweier eidgenössischer Fachkommissionen eingeholt. Diese befürworten die Hochhäuser unter Auflagen. Die ursprünglich geplante Höhe von 45 Metern etwa sei «deutlich zu hoch». Ob die nun vorgesehenen 40 Meter genügen, ist aber umstritten. Als «zweckmässig» bezeichnet sie Kantonsplaner Mike Siegrist. Er sagt: «Es gibt keine Aspekte aus kantonaler Sicht, die dieses Hochhaus nicht zulassen würden.» Gleicher Meinung ist die Stadt. Die Fachkommissionen halten weiter fest, dass die Sanierung des Jesuitenhofs von enormer Bedeutung ist. Im Sinne von: Ohne Sanierung kein Hochhaus.

«Erheblicher historischer Wert»

Doch was gehört zu dieser Anlage, und warum ist sie so wertvoll? Die kantonale Denkmalpflegerin Conny Grünenfelder weiss es: «Der Jesuitenhof gehört zum besonders schutzwürdigen Bauensemble der Hotelanlage. Diese ist früher Zeuge des aufblühenden Tourismus in der Schweiz. Sie gilt als Hauptbeispiel einer campusartigen historischen Hotelanlage im Kanton Luzern.» Teile der Anlage stehen unter Denkmalschutz oder sind als schützenswert eingestuft. «Der Jesuitenhof ist ein besonders schutzwürdiges Kulturdenkmal von

erheblichem künstlerischem, historischem, heimatkundlichem und wissenschaftlichem Wert. Ein Unterschutzstellungsantrag ist hängig», so Grünenfelder.

Das Ensemble besteht aus drei Gebäuden. Der barocke «Alpenblick» ist das älteste. 1729 wurde das Haus von den Luzerner Jesuiten als Sommersitz errichtet und ab 1835 als Hotel genutzt. Dieses Haus wird derzeit nur vom Hotelpersonal bewohnt. Links davon steht das Haus Schöneegg. Es wurde 1809 als Pensions- und Personalhaus erbaut und 1935 zu Hotelzwecken umgebaut. Ein Blick ins Innere zeigt: Das Haus ist am verfallen und unbewohnbar, es hat Risse in den Wänden und Decken und wird nur noch als Lager genutzt. Rechts vom Hauptgebäude steht das unbewohnte Rosenheim, das zur gleichen Zeit wie das Schöneegg gebaut und erweitert wurde. Ein paar wenige Räume sind erhalten und werden für Seminare genutzt. Allerdings dringt durch Ritzen Wasser ein, der Dachstock ist beschädigt. Der «Ehrenhof»-Vorplatz bröckelt, die Mauer hat Schiefelage. «Das ganze Fundament müsste erneuert werden», sagt der beauftragte Architekt Marc Syfrig. Nach der Sanierung könnten die Häuser als Boutiquehotels genutzt werden.



Mehr Bilder finden Sie unter www.luzernerzeitung.ch/bilder

Über 31 Millionen Franken für Kanalisation

ABSTIMMUNG Gibts nach 2006 ein neues Rekord-Ja? Dies ist fast die einzige Frage, die sich bei der Abstimmung über die Kanalsanierung stellt.

Bau- und Zonenordnung, Hochhäuser, Zwischennutzung: Über diese städtischen Vorlagen, die am 9. Juni an die Urne gelangen, wird kontrovers debattiert. Verlässliche Vorhersagen zum Ausgang zu machen – dies scheint riskant. Ganz im Gegensatz zum «Rahmenkredit zur Erneuerung der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen der Stadt Luzern, 5. Etappe, 2. Teil». Obwohl es mit vom Souverän zu bewilligenden 31,3 Millionen Franken um sehr viel Geld geht.

Konsens: Teuer, aber notwendig

Im Grossen Stadtrat war das Geschäft unumstritten. Es handle sich um hohe, aber notwendige Investitionen, so der Tenor. Eine Alternative gebe es ohnehin nicht – das Kanalisationssystem der Stadt Luzern müsse funktionieren. Einzig die Grünliberalen enthielten sich der

Stimme: Sie plädierten dafür, die Verantwortung für das Kanalisationsnetz an einen übergeordneten Zweckverband zu übertragen. Entsprechend wurde dem Kredit im Parlament mit 37 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen entsprochen.

Eine halbe Milliarde im Untergrund

Darum geht es: Im Untergrund der Stadt Luzern verläuft ein 224 Kilometer langes Abwasser-Kanalisationsnetz. Dessen Wiederbeschaffungswert beläuft sich auf gut eine halbe Milliarde Franken. Die Rechnung ist einfach: Bei einer



9. Juni 2013

Abstimmung

mittleren Lebensdauer der Kanal-Infrastruktur von 80 Jahren ergibt sich ein jährlicher Wertverlust von zirka 6,6 Millionen Franken. Diese Summe muss Jahr für Jahr investiert werden, um den Zustand der Anlagen auf einem konstanten zufrieden stellenden Niveau zu halten.

Entsprechend kommen alle fünf bis sechs Jahre grössere Kredite vors Volk: 1995 etwa handelte es sich um 20 Mil-

lionen, 2001 um 26 Millionen und 2006 um 28 Millionen Franken – seit den 1980er-Jahren gesamthaft beinahe 100 Millionen Franken. Immer kamen die Vorlagen an der Urne schlank durch, 2006 sagten gar rekordverdächtige 92 Prozent der Stadtluzerner Ja zu den Instandstellungsarbeiten.

Übrigens hat nicht bei allen hohen Abwasser-Krediten das Volk das letzte Wort: Im Zuge der Übergabe der grossen Kanäle, der sogenannten Verbandskanäle, an den Abfallgemeindeverband Real fallen separate Sanierungskosten von über 13 Millionen Franken an. Über diesen Kredit konnte das Parlament in diesem Frühjahr in eigener Kompetenz entscheiden. Auch hier fiel das Resultat mit wiederum 37 zu 0 Ja-Stimmen überdeutlich aus. Vorausgegangen waren hier allerdings verschiedentliche Unmutsbekundungen. Dies, weil die Stadt zunächst davon ausgegangen war, dass die Übergabe an Real kostenneutral erfolgen kann (Ausgabe vom 21. Februar).

Gebühren sind angestiegen

Bei anderen Entscheiden wiederum hat auch das Parlament nichts mitzureden. So etwa bei der Erhöhung der Abwasserbetriebsgebühr von 1.20 auf neu 1.60 Franken pro 1000 Liter Frisch-

wasser durch den Stadtrat per 1. April. Ein 4-Personen-Haushalt zahlt nun jährlich 70 bis 80 Franken mehr. Wie die Stadt betont, hat die Preiserhöhung mit der aktuellen Abstimmung nichts zu tun.

DAVE SCHLÄPFER
dave.schlaepfer@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE



Felix Howald
Direktor IHZ

«Die neue BZO fördert die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen mit hoher Wertschöpfung.»

www.3xjazurbzo.ch